

Position der FDP zum Nachtragshaushalt/ Haushaltssanierungskonzept 2006¹

Oliver Stirböck, 16.11.2006 – es gilt das gesprochene Wort.

Kassensturz statt Schönfärbern

Vor einem Jahr haben CDU und FDP in der der Debatte zum Nachtragshaushalt gefordert, die Situation der städtischen Finanzen ungeschminkt darzustellen. CDU und FDP haben dies nicht nur 2005 gefordert, sondern auch schon die Jahre zuvor. CDU und FDP haben dabei unseren Eindruck, dass die damalige Koalition die Situation besser schildere als die Lage **Schönfärbern** geißelt. Davon ist jetzt angesichts des Haushaltssanierungskonzepts 2006 und der Diskussion nicht mehr viel übrig geblieben und wir neigen dazu den Begriff Schönfärbern zurückzunehmen.

Und was macht die CDU? Sie bezeichnet die von ihr und uns immer wieder angemahnte Offenheit, die ungeschönte Darstellung, der städtische Haushalt könne bis 2010 nicht ausgeglichen werden, als „Offenbarungseid“. Wer an einem Tag so spricht und anderem anderen Tag so, Herr Kollege Freier, in den haben die Bürger kein Vertrauen. Sie haben Herr Freier von 20.06 Uhr bis 20.26 Uhr sehr viele Fragen gestellt und keine Antworten gegeben. Was lernen wir aus beidem: Der Union kann man es nicht *recht* machen. Schlimmer: sie hat überhaupt keine Idee wie es *richtig* zu machen ist.

Für uns ist die ungeschminkte Darstellung der Situation kein „Offenbarungseid“. Für uns ist das ein Kassensturz. Wir möchten den Oberbürgermeister und den Kämmerer ausdrücklich dafür loben, nicht mit überhöhten Begriffen von der Situation der Stadt abzulenken.

Das **Sanierungskonzept** zeigt nicht nur, dass die Verschuldung der Stadt Offenbach aus regulären Schulden und Kassenkrediten bei rund 470 Millionen EUR liegt und die Marke von 1 Milliarde DM bald überschritten sein wird. Übrigens: Nur weil die CDU immer den Eindruck erwecken will, als sei während der Großen Koalition alles viel besser gewesen, Herr Kollege Freier, das war auch während Ihrer Mitverantwortung – nicht anders. Was sich zum Beispiel daran zeigt, dass die Kassenkredite von ca. 52 Millionen DM 1993 auf weit über 200 Millionen EUR 1997 stiegen.

Mit dem **Nachtragshaushalt 2006** rückt der 19. Defizithaushalt seit 1986 näher. Die Situation ist sogar präkerer als erwartet. Das ist der Ist-Zustand nach 14 als „Sanierungshaushalte“ bezeichneten Rechenwerken, in denen unbestritten recht sparsam gewirtschaftet wurde, auch wenn man über die Notwendigkeit des ein oder anderen Projektes unterschiedlicher Meinung sein kann. Aber auch ein eingesparter Lesegarten hätte den Haushalt nicht saniert.

¹ Nachbearbeitete Fassung vom 21.11.2006

CDU-Alternativen sind Fatamorgana

Was ich mich nach ihrer Rede gefragt habe, Herr Kollege Freier. Wo sieht denn die Union die Alternativen?

- Sie beschreiben den deskriptiven Charakter des Haushaltssanierungskonzept und bleiben selbst deskriptiv.
- Sie fordern die Hafentplanungen zu ändern; Herr Freier sagt, Wohnen am Fluss könne man sich abschminken, während Herr Schönfelder höherwertiges Wohnen fordert und gleichzeitig die Hafentbebauung ins Nordend integrieren will.
- Sie fordern, die Bevölkerungsstruktur müsse sich ändern und haben dafür nur ein paar Quadratmeter Baugebiet in Rumpenheim im Köcher.
- Sie fordern mehr Industrie und nicht nur die Dienstleistungsbranche anzusiedeln. Bei aller Wertschätzung: Aber auch ein Wirtschaftsförderer Alfred Kayser hätte die Globalisierung und die Auslagerung der Produktion außerhalb der Grenzen der Republik nicht aufgefalten.
- Sie fordern, Herr Kollege Freier, die GBO solle keine Mieter nehmen, die wir nicht wollen. Nachdem die GBO sagt, sie macht das schon und ihr Wohnungsaufwertungskonzept darstellt, fällt ihnen nur noch ein, sich darüber zu freuen. Herr Kollege Freier, Sie haben zur gleichen Zeit von „Rathaus-Dilettanten“ gesprochen. Dieses Wort müsste Ihnen spätestens nach diesem Fehlschuss im Halse stecken bleiben.

Sanierungskonzept zeigt in die richtige Richtung

„Wenn noch mehr Leistungen für Bürger gestrichen werden, wenn Schulen weiter verkommen und die Verelendung im Stadtbild unübersehbar wird, werden sich hier keine neuen Steuerzahler niederlassen“. Diesen Teufelskreis hat kein Freidemokrat und auch kein defätistischer Koalitionspolitiker, sondern ein Offenbacher Journalist beschrieben.

Niemand hat ein Patentrezept, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Die Liberalen halten aber zwei Komponenten des Sanierungskonzeptes für richtig und wichtig:

1. und deshalb haben wir auch auf das Schuldezernat soviel Wert gelegt und dass das Sanierungskonzept Bildung als **Schlüsselressource** definiert sowie eine öffentlich-private Partnerschaft angestrebt wird, um eine „zeitnahe Sanierung“ der Bildungseinrichtungen zu erreichen.
2. dass es richtig ist, in die Innenstadtentwicklung zu investieren, auch wenn ich ausdrücklich nicht die These teile, dass die Schlacht um die Zukunft der Stadt nicht in Bürgel, Rumpenheim oder Bieber, sondern in der Innenstadt geschlagen wird. Denn die Schlacht gewinnen wir nur mit der Weiterentwicklung von Innenstadt und Stadtteilen. Die Idee des OB eines Förderprogramms für eigengenutztes Wohnen empfinden wir im Sinne der von uns unterstützten Weiterentwicklung der Innenstadt eine sehr interessante Idee. Wir sehen allerdings in dieser „Offenbacher Eigenheimzulage“ für ein bestimmtes Projekt nur ein mögliches Instrument unter vielen die Innenstadt weiter zu stärken.

Unsere Perspektiven

Wir müssen nach Auffassung der FDP

1. den Prozess der Veräußerung städtischen Vermögens weiter vorsichtig vorantreiben. Wenn andere Besitzverhältnisse sinnvoller sind, sind diese anzustreben. Wir müssen
2. nicht nur die nicht genutzten Gewerbeflächen an den Mann bringen, sondern das Angebot an Gewerbeflächen in unterschiedlichen Bereichen der Stadt weiterentwickeln und auch damit die Gewerbesteuererlössituation optimieren. Wir müssen
3. mit den bereits in Planung befindlichen Wohnbaugebieten weiter vorankommen und sukzessive weitere bereits regional als Baugebiete definierte Bereiche in den Stadtteilen ausweisen. Eines davon, Herr Kollege Freier, haben Sie jüngst genannt. Und schließlich ist es richtig,
4. die regionale Kooperation ausbauen. Das von Grandke favorisierte und mitentwickelte so genannte „Regionalkreismodell“ geht in die richtige Richtung, weil es die Zusammenarbeit der Kommunen verbessert, ohne die Unabhängigkeit der einzelnen Städte aufzugeben.

Ich glaube, wenn wir in diese Richtung arbeiten, können wir die von einem Kommentator angemahnte „Bringschuld“ der Politik und der Koalition einlösen.

Diesen Nachtragshaushalt konnte die FDP ebenso wenig mitprägen wie der Kämmerer. Unser Ja ist deshalb als Vertrauensvorschuss für die Zukunft und als selbstverständliches Signal der Verlässlichkeit der FDP als eingetragener Lebensabschnittspartner von SPD und Grünen zu werten; ebenso wie ich das Nein der Union nicht als verantwortungslos oder als Verweigerung für einen „Sanierungskurs“ sehe, sondern als legitimes NEIN zum Gesamtkurs einer Mehrheit, an der sie nicht beteiligt ist.

Dem Sanierungskonzept stimmen wir zu. Das Konzept setzen setzt die richtigen Schwerpunkte. Die Alternativvorschläge der Union sind weitgehend ausgeblieben. Allerdings dürfen weder Koalitionsvertrag, noch Sanierungskonzept, noch die bisher geäußerten Vorschläge der Union das Ende der Sanierungs- und Gestaltungsphantasien dieses Hauses darstellen.

Es ist uns wichtig daraufhin zu weisen: Diese Stadt zeichnet sich nicht nur durch einen Rekordschuldenstand aus. Es ist die Stadt, für die wir eintreten mit Engagement und Leidenschaft, und um deren besten Weg in die Zukunft wir gemeinsam streiten.